

Protokoll

6. Sitzung vom 28. November 2022

rsa

Seite 69

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 28. November 2022, 19:00 – 19:50 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats, 6 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Mona Fahmy Ursula Gall

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 5. September 2022
3. Fragestunde
4. Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 19. Oktober 2022, betreffend PV-Contracting; Begründung
5. Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 30. Oktober 2022, betreffend SolarPlus, Erhöhung der Solarquote; Begründung
6. Postulat der Fraktionen GLP/BFPW, Grüne, Die Mitte, FDP, SP/EVP und SVP, vom 3. November 2022, betreffend Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyber-Angriffen; Begründung
7. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 4. November 2022, betreffend Digitalisierung der Verwaltungsprozesse; Begründung
8. Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 6. November 2022, betreffend Ausbau Bahnhof Wädenswil; Begründung
9. Dringliche Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. September 2022, überwiesen am 7. November 2022, Vorbereitung mögliche Gasmangellage; mündliche Beantwortung

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 18. November 2022 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Überweisungen

Die Weisung 5, vom 24. Oktober 2022, Volksinitiative "Mehrgenerationenhaus Rötiboden" wurde präsidential zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

Die Weisung 6, vom 7. November 2022, Beschaffung eines elektrisch betriebenen Kehrichtfahrzeugs, Verpflichtungskredit, wurde präsidential zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

1.2 Eingänge

- Weisung 6, vom 7. November 2022, Beschaffung eines elektrisch betriebenen Kehrichtfahrzeugs, Verpflichtungskredit,
 - Protokoll GR-Sitzung vom 5. September 2022
 - Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 6. November 2022, betreffend Ausbau Bahnhof Wädenswil
 - Interpellation der FDP-Fraktion, vom 4. November 2022, betreffend Digitalisierung der Verwaltungsprozesse
 - Postulat der Fraktionen GLP/BFPW, Grüne, Die Mitte, FDP, SP/EVP und SVP, vom 3. November 2022, betreffend Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyber-Angriffen
 - Fragen von André Zürcher, SVP, vom 3. November 2022 für das Traktandum Fragestunde
 - Weisung 5, vom 24. Oktober 2022, Volksinitiative "Mehrgenerationenhaus Rötiboden"
 - Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 30. Oktober 2022, betreffend SolarPlus, Erhöhung der Solarquote
 - Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 19. Oktober 2022, betreffend PV-Contracting
 - Budget 2023
-

0.5.1

2. Abnahme des Protokolls vom 5. September 2022

(Das Protokoll vom 5. September 2022 wird genehmigt.)

0.5.0

3. Fragestunde

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: André Zürrer, SVP, hat zu diesem Traktandum folgende Fragen eingereicht. Sie lauten:

- 1. Hat die Stadt Wädenswil und somit der Stadtrat überhaupt die Kompetenz dem Eigentümer der MS Glärnisch Fristen in Bezug der Fertigstellung der Renovation des Schiffs zu setzen?**
- 2. Was hat es an sich, mit anderen Interessenten und ist das Trauerspiel wegen eines Restaurantschiffs nicht schon zu Ende?**
- 3. Wer kommt für die Kosten bei einer allfälligen Abwrackung und Entsorgung der MS Glärnisch auf, falls sich der Eigentümer "aus dem Staub macht"?**

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Ich beantworte alle Fragen zusammen. Was sich mit dem MS Glärnisch seit 3 ½ Jahren abspielt, wollen wir ein Ende setzen, indem endlich eine Entscheidung gefällt wird. Das Schiff liegt seit 2006/2007 im Hafen von Wädenswil und lief gut. Im Frühjahr 2019 verkaufte der vormalige Besitzer das Gastronomieschiff an die MS Glärnisch AG, die dafür extra neu gegründet wurde. Der neue Besitzer war bemüht und sehr freundlich, aber machte einen schlecht informierten und unzuverlässig Eindruck. So wurden eingeschriebene Briefe regelmässig nicht abgeholt, Termine wurden verpasst, notwendige Unterlagen trafen nicht ein usw. So herrscht im Moment ein vertragsloser Zustand, den die Stadt beenden will. Eine eigentliche Frist kann dem Besitzer nicht gesetzt werden, aber wir können immer wieder Druck mit geforderten Sachen machen. Wichtig: So lange kein neuer Vertrag besteht, haftet noch immer der ehemalige Eigentümer für die Entfernung des Schiffs und den Rückbau der Anlagen, nicht die Stadt, auch finanziell. Das wurde im damaligen Vertrag, den wir mit ihm abgeschlossen haben, so festgelegt. Bei einer Vertragsauflösung muss er für die Entsorgung des Schiffs sorgen.

Auch dieses Jahr fanden zwischen den Eigentümern bzw. deren Vertretern der MS Glärnisch AG und der Stadt Wädenswil diverse Sitzungen und Schriftverkehr statt. Auch da trafen die geforderten Unterlagen nicht ein und die anderen erst nach zweimaligem Nachfragen. Was das sogenannte Kommunikationsproblem anbelangt, das auch in der Zürichsee-Zeitung thematisiert wurde, ist es so, dass der Besitzer direkt beim Kanton die Frist für das Baugesuch, das zusammen durch den Kanton und die Stadt bearbeitet werden muss, verlängerte und der Kanton es vergass, die zuständige Baubewilligungsbehörde zu informieren. Auch wurde das AWEL nicht informiert, das auch ein wichtiges Wort zu sprechen hat. In diesem Fall von einem Kommunikationsproblem zu sprechen, finde ich ein bisschen übertrieben. Es ist einfach ungeschickt und ein blöder Fall, ansonsten läuft es mit der Kommunikation zwischen Stadt und Kanton gut.

Wie geht es weiter mit dem Fristen setzten, was können wir tun? Planen und Bauen will nach den 3 ½ Jahren endlich Nägel mit Köpfen machen, damit klar ist, was ab nächstem Sommer auf dem Seeplatz passiert bezüglich Schiff. Wir haben den Vertrag vorbereitet, den

wir schon lange mit der MS Glärnisch AG besprochen haben und werden ihnen diesen vorsetzen. Dort sind die ganzen Modalitäten mit Miete und Entsorgung des Schiffs festgehalten. Wie bis jetzt ist es uns wichtig, dass die Besitzer des MS Glärnisch die Entsorgungskosten übernehmen müssen, sollte es das Restaurant nicht in ruhiges Fahrwasser schaffen. Der Vertrag muss zeitnah unterzeichnet werden. Einen Termin kann ich noch nicht nennen, da der Stadtrat als letzte Instanz das Ganze noch absegnen muss. Es ist das Bestreben des Stadtrats, ein Restaurantschiff zu ermöglichen. Wir werden unabhängig davon, wie es mit der MS Glärnisch weitergeht, beim AWEL die Konzessionsverlängerung beantragen, da sie im 2023 ordentlich ausläuft. Die muss man verlängern und das werden wir machen. Die Konzession für das Führen eines Restaurantschiffes ist unabhängig davon, wem das Schiff gehört oder was für ein Schiff dort ist. Es braucht einfach eine Konzession für ein Schiff an diesem Ort. Das beantragen wir. Wenn es mit der MS Glärnisch nicht klappen wird, ist es so, man konnte dies vor längerem auch schon lesen, dass sich diverse Interessenten gemeldet haben, die Interesse hätten, ein Restaurantschiff am Seeplatz zu führen. Uns ist klar, es ist ein attraktives Angebot für die Stadt. Das finde ich selber auch. Ich bin selber dort immer gerne Essen gegangen, es ist eine Abwechslung. Wir sind gewillt, dass es hier eine Lösung gibt, hoffentlich mit Schiff.

0.5.4

4. Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 19. Oktober 2022, betreffend PV-Contracting; Begründung

Edith Höhn, SP: Unser Postulat PV-Contracting wird unterstützt von der Allianz SP, EVP und Grünliberale, was leider aus der Traktandenliste nicht ersichtlich ist.

Wir möchten den Stadtrat auffordern zu prüfen, wie die Photovoltaik in Wädenswil ausgebaut werden kann. Wir bitten den Stadtrat in diesem Zusammenhang zu prüfen, welche rechtlichen Grundlagen die Stadt erfüllen muss, um als Contractor aufzutreten und in dieser Eigenschaft beispielsweise Dachflächen mietet, die technische Ausrüstung installiert oder gegenüber dem EKZ als Stromproduzent auftritt.

Die Zeichen des Klimawandels werden immer deutlicher. Die Energiewende mit einer Abkehr von fossiler Energie ist darum unsere dringendste Zukunftsaufgabe, die durch den Ukrainekrieg noch verschärft wurde. Die fossilen Energieträger Öl und Gas werden in naher Zukunft zu grossen Teilen durch strombasierte Energieträger ersetzt werden. Daher braucht es neben mehr Energieeffizienz einen starken Ausbau von Strom aus erneuerbaren Quellen. Die Photovoltaik hat dabei eine Schlüsselrolle. Sie ist gesellschaftlich akzeptiert, verfügt über das mit Abstand grösste inländische Potenzial und wird mit weiter sinkenden Gestehungskosten wirtschaftlich immer attraktiver.

Wädenswil hat bereits beachtliche Schritte unternommen. Im neuen Energieplan ist auch eine Reduktion von 30% des Wärmebedarfs bis 2050 vorgesehen. Die Bevölkerung ist sehr interessiert daran, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten am Ausbau der PV mitzuarbeiten und auf dem eigenen Betrieb oder Wohnhaus Anlagen zu installieren. Doch PV-Anlagen auf dem eigenen Dach sind für Hauseigentümer teuer und für Mieter selbst nicht realisierbar. Anspruchsvolle technische, finanzielle und administrative Fragen hindern noch viele Private

und Kleinunternehmen. Kommt hinzu, dass PV-Anlagen oft nur bei hohem Eigenverbrauch finanziell attraktiv sind. Als Folge werden Dächer oft nur teilweise oder gar nicht genutzt. Auch die Bildung eines „Zusammenschluss Eigenverbrauch“, ein sogenannter ZEV, ist organisatorisch nicht ohne.

Das Thema PV ist jedoch nicht mit der Installation von Solarpanels erledigt. Es werden in Zukunft bei starkem Ausbau von Solarstrom neue technische Innovationen wie Netzausbau, Transformatoren etc. nötig, um das PV-Potenzial möglichst vollständig zu nutzen. Das ist Aufgabe der Stadt bzw. der zuständigen Organe für die Infrastruktur. Warum sollte also nicht die Stadt in der Rolle eines Contractors den Prozess des Ausbaus von PV-Anlagen vereinfachen? Und es könnte ohne grosse technische Umstellungen schneller vorwärts gemacht werden. Als Contractor könnte die Stadt Dächer mieten, für eine fachgerechte Planung und Ausführung der PV-Anlagen sorgen und für deren Wartung und Instandhaltung verantwortlich sein, ähnlich wie beim Gasnetz, wo die Werke die Infrastruktur unterhalten. Der Gewinn aus der Stromproduktion fliesst in die Stadtkasse und kommt allen zugute. Um die Investitionen klein zu halten, könnte zusätzlich die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Private beteiligen können und dafür einen Gewinnanteil erhalten. Wie beispielsweise bei den Stadtwerken Wetzikon, wo man den produzierten Solarstrom der eigenen Panels auf der Stromrechnung gutgeschrieben bekommt.

Im Namen der SP/EVP-Fraktion und der GLP bedanke ich mich beim Stadtrat für die Prüfung des Postulats.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und den Sachverhalt entsprechend zu prüfen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es einen Antrag auf Ablehnung. Die Diskussion ist automatisch eröffnet.).

Ernst Grand, FDP: Eigentlich ist es schon okay, dass sich die Postulanten versuchen mit Ideen in die Energiediskussion einzubringen, dort gibt es fast so viele Spezialisten wie beim Fussball, und den Stadtrat auffordern, wie sie schreiben "zu prüfen wie Photovoltaik in Wädenswil stark ausgebaut werden kann." Soweit ist alles gut. Aber es ist auch ein bisschen falsch, weil

- a) der Stadtrat bereits sehr viel unternimmt, um Photovoltaiktechnologie auf eigenen und geeigneten Gebäuden zu realisieren, es aber
- b) nicht die Kernkompetenz der Stadt Wädenswil ist, selbst als Contractor aufzutreten.

PV-Contracter sind meist Energieanbieter von einer gewissen Grösse, wie ein EWZ oder ein EKZ. Aber in keiner Weise, obwohl wir zwar Gas anbieten, wie du auch sagtest, haben wir die Grösse und sind kompetent genug, als Contractor aufzutreten. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Stadt dieses Geschäft nicht an die Hand nehmen und sich nicht ins Spiel bringen soll. Aber sie sollte sehr wohl spezialisierte Contractor ins Spiel bringen. Für das braucht es jedoch kein Postulat. Die Stadt hat auch ohne dieses Postulat schon sehr viel um die Ohren. Jetzt haben wir dann die Budgetsitzung und es kommen noch ganz viele andere

Aufgaben auf die Stadt zu. Darum sind wir der Meinung, dass wir sie nicht mit zusätzlichen Aufgaben eindecken sollen, die dann doch zu nichts führen.

Wir sind deshalb der Ansicht, dass wir das Postulat nicht zur Beantwortung an den Stadtrat überweisen sollten. Auch wenn der Stadtrat das Postulat gerne annehmen möchte, wie wir es gehört haben, um uns zu zeigen, was für tolle Sachen er in diesem Bereich macht und sonst einfach eine nette Gruppe ist, die uns gerne unsere Fragen beantwortet. Nichtsdestotrotz bitte ich euch zu überlegen, ob sich der Aufwand wirklich lohnt. Wir sind uns im Moment am Überlegen, was die Kernkompetenzen und die wichtigen Aufgaben der Stadt sind und da sind wir der Meinung, dass das Beantworten dieses Postulats nicht dazu gehört.

Sandy Bossert, SVP: Danke vielmals Ernst für deine Worte. Ich kann mich dem eigentlich nur anschliessen. An die Adresse von Edith: Wir selber haben eine grosse PV-Anlage auf unserem Stall, unseren Schopf gebaut, und zwar mit den Energiewerken Zimmerberg. Ich glaube so heissen sie, ich bin mir nicht mehr ganz sicher. Diese haben für uns alles geplant, ausgerechnet und gemacht. Klar sind wir grosse Eigenverbraucher, aber das Hauptproblem ist nach wie vor, dass man in der Nähe einen Trafo haben muss, der den Strom auch abnehmen kann. Das ist das Hauptproblem und das ist wirklich nicht Aufgabe der Stadt, es an die Hand zu nehmen.

Ich bin auch dafür, dass die Stadt andere Aufgaben, an denen sie näher ist, erledigen muss und das Postulat nicht entgegennimmt.

Edith Höhn, SP: Ich möchte dazu noch sagen, dass wir in Zukunft noch sehr viele neue Aufgaben bekommen im Zusammenhang mit der Energiebeschaffung und das muss vorwärtsgehen. Es ist uns wirklich ernst. Wir haben nicht einen Antrag gemacht, um eine nette Gruppe zu beschäftigen. Es ist uns ein Anliegen wie wir Strom sozusagen auf Selbstversorgung produzieren können. Wir müssen die Versorgungssicherheit im Inland gewährleisten können und das kann unsere Gemeinde nur, wenn sie jedes Dach in Betracht zieht und nicht nur die grossen Dächer von grossen Betrieben. Es sind auch die kleinen gefragt. Das ist meine Überzeugung und darum finde ich es leicht despektierlich, dass man den Stadtrat mit einer netten Gruppe verniedlicht. Der Stadtrat ist sehr kompetent und ich weiss, dass er sich in dieser Beziehung noch sehr viel neue Kompetenzen zulegen muss was Energieverteilung und Infrastruktur betrifft. Es kann sehr wohl eine Aufgabe der Werke werden. Wir wissen nämlich noch nicht, was in den nächsten drei Jahren alles auf uns zukommen wird. Ich bin auch nicht Spezialistin für das alles. Ich sehe einfach, dass wir Strom ersetzen müssen, weil die fossilen wegfallen.

Abstimmung Ablehnungsantrag

Der Rat lehnt den Ablehnungsantrag grossmehrheitlich ab.

Das Postulat betreffend PV-Contracting gilt als an den Stadtrat überwiesen.

0.5.4

5. Postulat der SP/EVP-Fraktion und weitere Mitunterzeichnende, vom 30. Oktober 2022, betreffend SolarPlus, Erhöhung der Solarquote; Begründung

Werner Fuchs, GLP: Im Namen der GLP, SP und EVP möchte ich das Postulat SolarPlus, Erhöhung der Solarquote kurz vorstellen. Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat zu prüfen, wie im Bereich Photovoltaik (PV) aufgerüstet werden kann. Die Stadt soll insbesondere

- bei städtischen Um- und Neubauten immer einen wesentlichen Anteil Solarfläche integrieren;
- auf allen geeigneten stadteigenen Dächern, auch Hütten und Schönenberg nicht vergessen, PV anbringen;
- auch Fassaden nach Möglichkeit für PV ausrüsten;
- weiteres städtisches Eigentum wie Parkplatzflächen, Kläranlagen auf das Anbringung von PV überprüfen und ein Inventar zuhanden des Gemeinderats erstellen;
- gemeinsam mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) und dem EKZ prüfen, wie die Rastplätze Herrlisberg Nord und Süd, allenfalls auch Schallwände für PV-Anlagen genutzt werden können;
- die Erstellung von privaten Photovoltaikanlagen weiterhin fördern;
- im Rahmen von städtischen Einflussmöglichkeiten auf die Erstellung privater PV-Anlagen hinwirken, beispielsweise bei Gestaltungsplänen.

Noch etwas zur Begründung: Als öffentliche Hand hat die Stadt auch eine Vorbildfunktion. Die Energiekrise zeigt, dass wir im Hinblick auf die Versorgungssicherheit von Strom die Ziele höher ansetzen müssen. Bei einer 2'000-Watt-Gesellschaft dürfte der Energieverbrauch einer Person pro Jahr, inkl. Heizen und Reisen, maximal ca. 17'500 kWh betragen. Das erweiterte Wädenswil mit heute 25'000 Einwohnerinnen und Einwohner dürfte somit einen Energieverbrauch von maximal 438 GWh haben. Es ist wichtig, die Zahlen zu kennen. Aktuell liegt der Verbrauch von Wädenswil bei 670 GWh, also ca. 50% zu hoch. Ein Grund ist, dass 40% des Energiebedarfs beim Heizen und Warmwasseraufbereiten anfällt und 30% im Bereich der Mobilität. Würde komplett auf Elektromobilität und Wärmepumpen umgestellt, könnten bereits 2/3 von diesen 70% eingespart werden, und zwar aus einem ganz einfachen Grund, da der Verlust weg ist. Ein Verbrennungsmotor erzeugt zu 70% nur Abwärme und ist wenig effizient. Die Umstellung auf Wärmepumpen und Elektromobilität haben jedoch einen Hacken, sie erfordern mehr Strom. Der Strombedarf zeigt klar, dass das Tempo beim Ausbau von PV massiv zu erhöhen ist. Derzeit ist nur 1 m² Solarfläche pro Person in der Energiestrategie von Wädenswil vorgesehen. Dies ist völlig ungenügend. Insbesondere die Liegenschaften der Stadt müssen schneller auf regenerative Energieformen umgerüstet werden. Dabei sind alle möglichen Flächen in Betracht zu ziehen um in einem ersten Schritt mindestens den Eigenbedarf abzudecken.

Der Bund erlaubt neu die private Nutzung der Schallwände an der Autobahn für Photovoltaik, was anzustreben ist. Der Bundesrat hat im August 2022 die Nationalstrassenverordnung dahingehend angepasst, dass Flächen entlang von Nationalstrassen Dritten kostenlos für die PV-Integration zur Verfügung gestellt werden können. Seit dem 19. September läuft

das Bewerbungsverfahren. Wir hoffen natürlich, dass gerade im Bereich der Rastplätze Herrlisberg Nord und Süd etwas gemacht werden kann.

Die Preise von PV sind massiv gefallen und Solar ist eine der günstigsten Arten von Energieerzeugung. Mit PV sind in unserer Region ca. 200 kWh pro Jahr und Quadratmeter möglich. Das ist recht viel, damit fährt ein durchschnittliches Elektroauto ca. 1'000 km. Eine Wärmepumpe heizt mit dieser Energiemenge ca. 4 bis 6 m². Gemäss der neusten Studie der finnischen Universität LUT würde eine schnellere Umstellung Kosten einsparen. Weitere Vorteile: Gewinn und Arbeit sind lokal und der Klimaeffekt wird reduziert. Die Energie- und Transportverluste werden geringer. Der schnelle Ausbau von PV ist somit im Interesse der Stadtkasse und zukünftiger Generationen.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Der Stadtrat ist bereit, auch dieses Postulat entgegenzunehmen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es einen Antrag auf Diskussion. Die Diskussion ist automatisch eröffnet.)

Christian Nufer, FDP: Nur ganz kurz, ich finde das Postulat auch gut. Wenn man die Fragen liest, die im Postulat stehen, muss bei städtischen Um- und Neubauten immer ein gewisser Anteil an Solar drin sein. Das machen wir auch so, im Kanton Zürich ist es ja Vorschrift. Mit dem, was ihr wollt, rennt ihr offene Türen ein.

Abstimmung Überweisung Postulat

Der Rat stimmt der Überweisung zu.

Das Postulat betreffend SolarPlus, Erhöhung der Solarquote gilt als an den Stadtrat überwiesen.

0.5.4

6. Postulat der Fraktionen GLP/BFPW, Grüne, Die Mitte, FDP, SP/EVP und SVP, vom 3. November 2022, betreffend Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyber-Angriffen; Begründung

Patrick Höhener, Grüne: Mit der Interpellation betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil vom 14. Januar 2022, welche auch von sämtlichen Fraktionen unterzeichnet und an der Gemeinderatssitzung vom März 2022 traktandiert und erläutert wurde, wurden dem Stadtrat diverse Fragen gestellt. Der Stadtrat hat die Fragen schriftlich beantwortet und später an der Gemeinderatssitzung vom 5. September 2022 auch mündlich ausgeführt.

Bei der Beantwortung der Fragen waren für uns zwei Fragen besonders interessant. Bei zwei Fragen ist der Gemeinderat nämlich der Ansicht, dass man seitens Stadtrat ungenügend auf einen allfälligen Cyber-Angriff vorbereitet ist und dass die Gefahr eines solchen Angriffs unterschätzt bzw. die eigenen Fähigkeiten der Stadt, wie in einem solchen Fall vorzugehen ist, überschätzt werden. Dieses Verständnis beruht auch darauf, dass der Stadtrat bei seinen Ausführungen vor allem den Schwerpunkt auf Abwehr und Schutz legt. Aber aus unserer Sicht wird vernachlässigt, dass kein Schutz 100% ist. Sollte ein Cyber-Angriff aber trotz allen getroffenen Massnahmen erfolgreich sein, ist ein rasches und konsequentes Handeln wichtig. Nur so kann der Reputationsschaden für Wädenswil eingedämmt und das Vertrauen in die Stadtverwaltung bewahrt werden.

In dieser Wortmeldung gehe ich nur auf die Frage 5 und auch nur auf einen Teil davon ein. Die Frage war: "Existiert ein Krisen- sowie ein Kommunikationskonzept im Falle von Cyber-Angriffen? Die Antwort war: "Nein, ein spezifisches Krisen- und Kommunikationskonzept für Cyber-Angriffe existiert nicht." Es wurde noch etwas mehr dazu gesagt.

Mit diesem Postulat fordern wir den Stadtrat auf, ein Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyber-Angriffen auszuarbeiten, um im Fall eines erfolgreichen Cyber-Angriffs bestmöglich vorbereitet zu sein und wenigstens in der Reaktion darauf einen kleinen Vorsprung zu haben. Konkret sollen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei einem Angriff geregelt sein. Spricht, dass man Klarheit hat, wer was macht, wer zu involvieren ist, wer entscheidet, wer ausführt etc. Auch muss klar sein, welche unmittelbaren technischen Schritte in Betracht gezogen werden müssen, beispielsweise Netzwerkabschaltungen, Trennen von Backup-Servern, Datenbanken etc. Wichtig ist auch die Beurteilung des Schadenausmasses und das Aufgleisen weiterer Schritte, wie Involvieren von Polizei und anderen Behörden, die interne Kommunikation, eine rasche und vollständig transparente Kommunikation der Öffentlichkeit oder der Umgang mit allfälligen Lösegeldforderungen. Das sind alles Themen, mit denen man sich auseinandersetzen muss, bevor etwas passiert. Was ich jetzt gesagt habe, ist nicht vollständig, das sind wir uns bewusst. Es soll aber zum Ausdruck bringen, wie wichtig ein solches Konzept eben ist. Letztlich ist es unverzichtbar, ein entsprechendes Konzept in Zusammenarbeit mit professionellen IT-Dienstleistern aufzusetzen. Dazu gehört ebenfalls, dass das Konzept regelmässig mittels möglichst realitätsnaher Tests auf seine Praxistauglichkeit geprüft wird und allenfalls anzupassen ist, wenn es nötig ist. Sicher kann man sich bei der Erstellung eines solchen Konzepts auch von Gemeinden Rat holen, welche bereits Opfer eines Cyber-Angriffs geworden sind.

Wir danken dem Stadtrat für die zeitnahe und wohlwollende an die Handnahme unserer Forderung.

Vizepräsident Stadtrat Jonas Erni: Bei dieser geballten Einigkeit aller Fraktionen ist der Stadtrat selbstverständlich bereit, auch das dritte Postulat entgegenzunehmen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es weder einen Antrag auf Ablehnung noch auf Diskussion.)

Das Postulat betreffend Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyber-Angriffen gilt als an den Stadtrat überwiesen.

0.5.4

7. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 4. November 2022, betreffend Digitalisierung der Verwaltungsprozesse; Begründung

Roman Schafflützel, FDP: Digitalisierung bringt Chancen, auch in Verwaltungen. Mit der Digitalisierung kann den Bürgern ein besserer Service geboten werden. Mit der Digitalisierung kann die Verwaltung effizienter organisiert werden. Die Mitarbeiter können von unnötigen Tätigkeiten entlastet werden und können sich somit anderen wichtigen Aufgaben widmen. Mit der Digitalisierung können Steuergelder eingespart werden. Sie ist also auch gut für die Steuerzahler und hilft, die Stadt Wädenswil mittelfristig finanziell zu gesunden. Kurz gesagt, von der Digitalisierung profitiert jeder.

Diese Erkenntnis hatte auch der Wädenswiler Stadtrat. In den letzten Legislaturschwerpunkten ist die Digitalisierung von der verwaltungsinternen Geschäftsführung und die Arbeitsprozesse als Schwerpunkt definiert worden. Von aussen betrachtet wirkt es auf mich jedoch nicht so, dass die Digitalisierung in den letzten Jahren die Priorität erhielt, die sie verdient. Sie wurde höchstens halbherzig eingeführt. Change-Prozesse und IT-Projekte benötigen von den Beteiligten viel Durchsetzungskraft und Beharrlichkeit. Es lohnt sich aber, diesen Initialisierungsaufwand durchzumachen anstelle permanent mehr und neue Stellenprozente zu fordern.

Die FDP-Fraktion sieht diese Interpellation also auch als Motivationsquelle, dass das Thema vom Stadtrat weiter vorangetrieben wird. Wir sind für einen guten Bürgerservice, aber auch für eine effiziente Verwaltung. Wir wollen, dass die städtischen Mitarbeiter von einfachen Verwaltungstätigkeiten, die repetitiv sind, entlastet werden, und sich anderen Aufgaben widmen können. Auch möchten wir die Steuerzahler entlasten. Aus diesem Grund ist für uns die Digitalisierung der Stadt wichtig und dringend. Für die einzelnen gestellten Fragen verweise ich auf die Interpellation. Die ist ja online abrufbar.

Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich im Voraus für die Beantwortung der Fragen.

Die Interpellation betreffend Digitalisierung der Verwaltungsprozesse geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

8. Interpellation der Fraktion Die Mitte, vom 6. November 2022, betreffend Ausbau Bahnhof Wädenswil; Begründung

Joël Utiger, Die Mitte: Erst kürzlich hat die Wädenswiler Bevölkerung durch die Medienmitteilung durch die Stadt Wädenswil wie die SBB einige Informationen zum Grossprojekt Umbau Bahnhof Wädenswil erhalten. Die Mitte Fraktion erachtet dieses Projekt wohl als eines der grössten und auch wichtigsten Projekt in den nächsten Jahren. Wir möchten mit dieser Interpellation unter anderem gerne vom Stadtrat wissen, ob und wenn ja, inwiefern er auf dieses Projekt bis anhin Einfluss nehmen konnte und was seine Einflussmöglichkeiten

im weiteren Verlauf und der Umsetzung des Projekts sind. Uns ist es wichtig, dass der Stadtrat zumindest die Interessen von Wädenswil miteinbringt. Zum Beispiel ob weitere Zufahrtsmöglichkeiten zum Seeplatz geprüft werden, sofern die aktuellen Bahnschranken in der Nähe vom Bahnhof in Zukunft nicht mehr so wie heute genutzt werden können.

Die Mitte Fraktion bedankt sich jetzt schon für die Beantwortung unserer Fragen.

Die Interpellation betreffend Ausbau Bahnhof Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

9. Dringliche Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. September 2022, überwiesen am 7. November 2022, betreffend Vorbereitung mögliche Gasman-gellage; mündliche Beantwortung

Stadtrat Werke Jonas Erni: Gerne beantworte ich die dringliche Interpellation mündlich.

Frage 1: Gasabsatz in den städtischen Liegenschaften.

Antwort: Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 26. September 2022 im Bereich Wärme folgende Massnahmen beschlossen und auch kommuniziert:

- Maximaltemperatur von 20°C in öffentlichen Gebäuden der Stadtverwaltung, Bibliotheken, Gemeinschaftszentren sowie in Schulgebäuden.
- Maximaltemperatur von 18°C in Sporthallen und Werkstätten.
- Maximaltemperatur von 23°C in Altersheimen prüfen. Dort ist es nicht ganz so einfach aus naheliegenden Gründen.
- Senkung der Temperatur auf 15°C in Räumen, die nicht regelmässig verwendet werden.
- Maximal mögliche Temperaturabsenkung bei Abwesenheiten und Ferienzeiten und in Gebäuden bzw. Räumen, die nicht beheizt werden müssen.
- Selbstverständlich Nachtabsenkung der Raumtemperatur.
- Temperaturüberprüfung bei vermieteten Gebäuden in Gemeindeeigentum.
- Reduktion von Warmwasser (Kinderbecken ausgenommen) und Lufttemperatur in Hallenbädern um 2°C.
- Sachen, die selbstverständlich sind, aber immer wieder neu gesagt werden müssen und jetzt die Gelegenheit da ist, alle Mitarbeitenden vom Abteilungsleiter bis zum Lehrling wieder einmal zu sensibilisieren. Es sind ganz banale Sachen wie Fenster im Winter schliessen, Roll- und Fensterläden nachts schliessen, im Winter kurz und kräftig lüften und weitere bekannte Massnahmen, die man auch Daheim anwendet.
- Thermostatventile montieren, wo noch nicht vorhanden, Thermostatventil richtig einstellen, Radiatoren entlüften und an Heizkörpern freie Wärmeabgabe gewährleisten.

Zudem wurde der gasbetriebene Wärmeverbund Eidmatt bereits auf eine mobile Pelletheizung umgeschaltet und die umschaltbaren Heizanlagen in den Schulhäusern Steinacher und Gerberacher auf Heizölbetrieb vorbereitet.

Frage 2: Welche Reduktionsziele sind realistisch bis Ende Jahr?

Antwort: Mit dem Beschluss des Stadtrats, den ich vorher erwähnte, wird ein Reduktionsziel von 15% bis Ende der Heizperiode angestrebt.

Frage 3: Wie werden Gaskunden informiert und beraten?

Antwort: Dazu muss man sagen, dass die Information der Bevölkerung grundsätzlich Sache des Bundes ist, wir uns selbstverständlich aber auch beteiligen. Mit der Kampagne "Energie ist knapp - verschwenden wir sie nicht" wurde die Bevölkerung auf das Thema sensibilisiert, und wird es auch weiterhin, und zwar auf freiwilliger Basis Gas und Strom zu sparen.

Zusätzlich hat die Stadt auf ihrer Website sowie der Website der Werke und den Sozialen Medien die Kommunikation des Bundes verstärkt. Gleichzeitig haben wir Kunden kontaktiert, welche in der Stufe 2 einer Gasmangellage von Gas auf einen alternativen Brennstoff umschalten müssen. Ebenso wurden alle Gaskunden aufgerufen sich zu melden, falls sie noch alte Gasherde besitzen, welche nicht zündgesichert sind, da diese bei einem kompletten Gasverlust ein potenzielles Sicherheitsrisiko darstellen. Zu guter Letzt wird in der kommenden Ausgabe der Werke-News, welche in alle Haushaltungen verteilt wird, die Bevölkerung nochmals auf die Sensibilisierungs- und Sparmassnahmen aufmerksam gemacht.

Frage 4: Welche Wärmeverbünde werden als Zweistoffanlagen betrieben und entsprechend umgestellt werden können.

Antwort: Da haben wir einerseits den Wärmeverbund Untermosen, der primär mit Holz betrieben wird. Die Sommer- und Spitzenlast wird mit Erdgas/Biogas abgedeckt. Die beiden Gaskessel sind aber umschaltbar auf Heizöl. Die Heizöltanks wurden bereits gefüllt und ein Testlauf durchgeführt. Beim Wärmeverbund Eidmatt, ich habe es bereits eingehend erwähnt, der nicht auf Heizöl umschaltbar ist, haben wir im Oktober eine mobile Pellet-Heizungsanlage in Betrieb genommen und diese läuft schon. Vielleicht haben sie diese bereits gesehen auf dem unteren Pausenplatz. Das heisst, wir heizen dort mit Pellet den ganzen Winter.

Frage 5: Dringlichkeit und gesamtstädtische Koordination.

Antwort: Dazu kann ich sagen, dass die sofortigen Sparmassnahmen mit dem bereits erwähnten Stadtratsbeschluss per 1. Oktober 2022 in Kraft getreten und die Abteilungen für die Umsetzung verantwortlich sind. Selbstverständlich steht die Energiebeauftragte beratend zur Verfügung. Für eine mögliche Gas- und/oder Strommangellage wurde eine Task Force, unter Federführung der Abteilung Werke und weiteren Mitgliedern aus den relevanten Bereichen, ins Leben gerufen, welche seit Mitte Oktober wöchentlich tagt. Sollte sich die Situation

dahin verschärfen, dass beim Gas wie auch beim Strom Kontingentierungen oder gar Abschaltungen in Kraft treten, wird das Gemeindeführungsorgan aktiv werden. So wie die Situation aber aktuell aussieht, man hat ja zurzeit eine gewisse Entspannung auf dem europäischen Energiemarkt, ist die Situation nicht zu erwarten.

Frage 6: Im Januar und April 2022 wurden die Gastarife bereits erhöht. Ob weitere Erhöhungen zu erwarten sind.

Antwort: Wie bereits kommuniziert, ist auf den 1. Oktober 2022 eine weitere Tarifierhöhung um 4 Rp./kWh nötig geworden. Den Gaskunden wurde dies auch so kommuniziert.

Frage 7: Zu den finanziellen Risiken bezüglich Tarifierhöhungen für die Stadt.

Antwort: Ein finanzielles Risiko besteht darin, dass die Preise nicht oder zu spät durchgesetzt werden können. Wir kommen später nochmals darauf zurück, so wie es in Horgen und Richterswil geschehen ist durch die Intervention des Preisüberwachers. Ein weiterer Punkt sind Probleme bei Zahlungseingängen von Kunden. All das ist aber bis jetzt nicht der Fall. Die höchsten Kostensteigerungen werden bei der Abteilung Primarschule anfallen, da die meisten Schulhäuser mit Gas geheizt werden sowie bei der Abteilung Finanzen für den Rest der städtischen Liegenschaften, welche mit Gas geheizt werden.

Frage 8: Wie vorher erwähnt: In Richterswil und Horgen konnte man es nicht wie geplant umsetzen. Entsprechend schrumpften die Spezialfinanzierungen, da der Preisüberwacher nicht vorgängig involviert war. Hier ist die Frage, wie der Preisüberwacher sich zu den Preisen in Wädenswil äusserte.

Antwort: Den Preisüberwacher haben wir vorgängig konsultiert. Er hat sich nicht gegen eine Erhöhung gestellt und entsprechend ist auch die letzte Erhöhung umgesetzt worden.

Frage 9: Bezüglich Überschreitung beim Gaseinkauf und allfällige Entnahme aus der Spezialfinanzierung.

Antwort: Dazu kann man sagen, dass im letzten Quartal 2021 die Gaspreise so schnell und stark angestiegen sind, dass man nicht mehr reagieren konnte und auch nicht wollte. Die Spezialfinanzierung weist einen stabilen Saldo auf und dient auch dazu, dass Preisschwankungen durch milde Temperaturen, Kundenverluste, Marktverwerfungen etc. aufgefangen werden können. Im 2022 ist mit keiner Entnahme aus der Spezialfinanzierung zu rechnen, weil die Preiserhöhungen rechtzeitig weiterverrechnet wurden.

Frage 10: Besteht das Risiko, dass allfällige Mehrkosten durch den steuerfinanzierten Bereich finanziert werden müssen?

Antwort: Da kann man ganz klar Nein sagen. Aus heutiger Sicht ist dies nicht zu erwarten, weil wir stabile und solide Spezialfinanzierungen haben.

Die dringliche Interpellation betreffend Vorbereitung mögliche Gasmangellage gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr schliesst die Sitzung und wünscht einen schönen Abend.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.